

Klimaschutz: Was kann ich als Einzelperson tun? Spenden für den Regenwald als Problem

Wie hoch ist die individuelle Verantwortung für den Klimawandel, und was bewirkt individuelles Verhalten? Sind Einzelne überhaupt die richtigen Adressaten, um über Pflichten beim Klimaschutz zu reden? Aufgaben wie den Klimaschutz sind Probleme kollektiven Handelns und daher vorrangig des Staates. Was soll man jedoch tun, wenn die Staaten klimapolitisch versagen? Die Aufgabe ist zu wichtig, um unerledigt zu bleiben. Bernward Gesang sieht sich daher moralphilosophisch die Möglichkeiten und Verantwortungen von Individuen in Bezug auf die Praxis des Spendens für den Schutz des Regenwaldes an.ⁱ

Einleitung

Wir wissen, dass sich die durchschnittliche Temperatur auf unserem Planeten laufend erhöht, weil CO₂ und andere Treibhausgase in die Atmosphäre aufsteigen und dort langanhaltend verweilen. Diese Treibhausgase lassen die Sonnenstrahlung passieren. Sie trifft auf die Erde und wird zeitverzögert als langwellige Wärmestrahlung von der Erde wieder abgestrahlt. Die Treibhausgase lassen diese von der Erde zurückgestrahlte Wärme nicht ungehindert in das All austreten, sondern sie absorbieren die Strahlung zum Teil und strahlen sie in alle Richtungen gleichmäßig wieder ab. Ähnlich wie das Dach eines Treibhauses reflektieren sie einen Teil der aufsteigenden Wärme zurück zur Erde, was dort zu einem „Wärmestau“ führt. Der Treibhauseffekt ist ein natürlicher Vorgang, und es gibt von jeher Treibhausgase in der Atmosphäre. Nun emittieren die Menschen aber immer mehr Treibhausgase, die lange in der Atmosphäre verweilen. Damit und durch die Zerstörung von CO₂-Speichern (zum Beispiel Wäldern) wird die Konzentration der Treibhausgase in der Atmosphäre und damit der natürliche Treibhauseffekt verstärkt. (Ramstorf/Schnellhuber 2018)

Im Folgenden soll die wichtige Frage nach der individuellen Verantwortung für geringere Emissionsmengen diskutiert werden. Was bewirkt mein Verhalten? Ist das meine Aufgabe oder vielmehr die des Staates?

Fahrradfahren, die Kulturpraxis des Grillens einstellen und nicht fliegen: Das wird dem Individuum als wirkungsvoller Beitrag gegen den Klimawandel empfohlen. Ist das aber wirklich effizient? Jeder CO₂-Rechner zeigt uns etwas anderes: Als Verbraucher*in ein Jahr auf Fleisch zu verzichten, verhindert 450 Kilogramm CO₂-Emissionen. Man spart zudem durch den Verzicht durchschnittlich 650 Euro. Einen solchen Eurobetrag für das Fördern von Klimaschutzprojekten in der Dritten Welt zu spenden beziehungsweise zu „kompensieren“ bringe 28.000 Kilogramm CO₂-Ersparnis (Merlot 2019)ⁱⁱ. Auch wenn die Ergebnisse von konkreten Projekten abhängen: Kompensieren kann um ein Vielfaches mehr Effekt haben als die Verhaltensumstellung alleine (Bronson et al. 2020; vgl. zudem eine Studie, die explizit Opportunitätskosten beachtet: Busch/Engelmann 2017). Diese allseits empfohlene *Standardstrategie* für den Klimaschutz, das eigene Emissionsverhalten umzustellen, ist meiner Ansicht nach nicht am effizientesten. Warum *Kompensation* trotzdem nicht der richtige Begriff für meinen Ansatz ist, werden wir gleich

diskutieren.

Manche meinen, das Individuum sei nicht die richtige Adresse, um über Pflichten beim Klimaschutz zu reden: Aufgaben wie den Klimaschutz kann keiner allein stemmen, es sind Probleme kollektiven Handelns und daher vorrangig des Staates, der Koordination schaffen muss. Er muss dafür sorgen, dass genügend Leute mitmachen, so dass mein Beitrag nicht umsonst ist. Jedoch was soll man tun, wenn die Staaten versagen und einfach nicht ihren Job machen? Der Job ist sozusagen zu wichtig, um unerledigt zu bleiben. Also: Was kann der*die Einzelne tun?

Spenden für den Regenwald sind empfehlenswertⁱⁱⁱ

Die Individuen sollten versuchen, die Welt um so viel besser zu machen, wie sie es können. Das machen wir beispielsweise, indem wir armen Menschen im Regenwald helfen, genügend Einkommen zu haben. Das hat günstige Mehrfachwirkungen, zum Beispiel gegen Armut, für Klima-, Tier-, Arten-, Grundwasser-, Luft- und Pandemieschutz. Voraussetzung ist, dass wir an eine geprüfte nichtkommerzielle Hilfsorganisation spenden, bei der das Geld wirklich ankommt und an die Hilfsbedürftigen weitergeleitet wird (in Deutschland etwa Fairventures Worldwide).

In einer idealen Welt ohne Ressourcenknappheit sollten wir der Standardstrategie folgen und spenden. Aber die Motivation zu helfen ist ein knappes Gut, wir leben in der realen Welt. Beim Spenden überfordern wir uns nicht so schnell wie bei der Standardstrategie, denn Geld geben fällt uns leichter als unser Emissionsverhalten radikal umzustellen (Stichwort: Ökosteuer). Zumal klar sein muss, wohin eine persönliche Umstellung des Emissionsverhaltens führt – das hat Niko Paech, der Papst der Postwachstumsökonomie, vorexerziert: in eine Welt, in der man auch wieder angelt, um sich zu versorgen, in der Kutschen wieder auf der Straße fahren und in der Rolltreppen und Aufzüge als Stromfresser verschwunden sind (Neff 2019)^{iv}. Nur eine solche Welt reicht hin, um den Klimawandel nennenswert zu verzögern. Viele Leute werden abspringen, wenn sie wahrnehmen, dass unser kompletter Lebensstil zur Disposition steht. Solange wir uns im freiwilligen Sektor bewegen, in dem Individuen als Lückenbüßer für Staaten eine Strategie praktizieren, die uns etwas Aufschub verschafft, sollte man nichts tun, was ineffizient und motivationszerstörend ist. Die Effizienz spricht übrigens dagegen, die dargelegte Spendenstrategie und die Standardstrategie beide zugleich und gleichberechtigt zu fordern: Angenommen, ich habe nur zwei Euro und eine Strategie, die zimal effizienter ist als die andere – sollte ich da einen Euro für jede Strategie geben oder beide Euros auf die effizientere Strategie setzen? Andererseits fühlen sich viele Menschen beim Spenden heuchlerisch, wenn sie nicht selbst CO₂ einsparen. Zudem bringt eine Kombination beider Strategien den politisch einzufordernden Mentalitätswandel in den Köpfen und in vielen Regalen auf den Weg. Zu bedenken ist aber auch: Eventuell wird durch Konsumveränderung über einen veränderten Lebensstil Geld gespart, das sich oft auf Konten akkumuliert und von Banken wahllos verliehen wird, wodurch an anderer Stelle neue Emissionen entstehen. Zudem fördert der Staat gemeinnützige Spenden. Letztlich muss jede*r selbst abschätzen, wann die eigene Bereitschaft zu spenden größer ist: wenn man „nur“ spendet oder sich zugleich ein gutes Gefühl leistet. Jedenfalls haben wir die Pflicht, den Berg von Klimagasen auf der Welt so klein wie möglich zu machen, und wenn ich dazu ein möglicherweise um fünfzigmal ineffizienteres Mittel wähle, muss ich das gut begründen.

Warum spenden uns Zeit verschafft und kein Ablasshandel ist

Meine Strategie nenne ich „Spende und Ersetze“; sie gilt nur eine begrenzte Zeit lang, nämlich solange die CO₂-Vermeidungskosten im globalen Süden erheblich geringer sind als bei uns (Busch/Engelmann 2017) und solange politische Akteur*innen und Institutionen klimapolitisch weitgehend versagen und wir vorrangig privat aushelfen. Sie sollte der Kooperation beim Umstellen der Emissionen einen Rahmen geben, der es wahrscheinlich macht, dass die Strategie gelingt. Zweifel am Gelingen einer unkoordinierten Verhaltensänderung gehören zu den Vorbehalten gegen die Standardstrategie. Was bewirkt meine kleine CO₂-Einsparung, zumal wenn sich doch nur maximal zehn Prozent der reichsten und gebildetsten Wohlstandsbürger*innen international überhaupt um Vergleichbares bemühen? „Spende und Ersetze“ sorgt hingegen dafür, dass einem konkreten Menschen in Armut geholfen wird, auch wenn sonst niemand kooperiert. Mein Opfer ist nicht umsonst: Wenn die Spende ankommt, wird konkret Armut bekämpft. Dass auch mehr Klimaschutz gelingt, kann aufgrund falsch gewählter Projekte scheitern, ebenso wie Erfolg aufgrund fehlender Kooperation ausbleiben kann. Aber wenn er gelingt, spart er mehr CO₂ ein und das auf eine einfachere Weise. In der durch meine Strategie gewonnenen Zeit, die für das private Verhalten entsteht, kann die Technik sich weiterentwickeln, damit wir zum Beispiel individuelle Mobilität erhalten können, sobald wir tatsächlich einschneidend an unseren Lebensstil gehen.

„Spende und Ersetze“ ist kein „Ablasshandel“ (Radermacher 2018: 306), wenn man es mit einer moralischen Verpflichtung koppelt, mehr zu spenden, als man schadet. Mit dieser Strategie stellen wir unser Verhalten nicht durch weniger Emittieren, sondern durch mehr Spenden um. So tragen wir mehr Last für das moralisch Richtige, während ein Ablasshandel davon ausgeht, dass es uns nur um Erleichterung für uns selbst und eben nicht darum geht, das (moralisch) Richtige voranzubringen. Es geht nicht um einen persönlichen Schuldenerlass, wie beim Ablasshandel, sondern um weniger Armut und weniger CO₂. Es wäre schlicht Verschwendung, diese Potenziale nicht einzustreichen. Ob man ausschließlich auf meine Strategie setzt, ist wie gesagt Ermessenssache, aber die Umstellung des persönlichen Emissionsverhaltens teilt mit dem Ablasshandel mehr (es geht primär um einen selbst) als das Spenden.

Aber ja, meine Strategie erlaubt, das Auto weiterzufahren, wenn ich genug spende. Das erinnert an den Ablasshandel. Das ist sogar gewollt, denn diese Strategie soll uns ja leichter fallen als die Standardstrategie, deshalb werden sie auch hoffentlich mehr Menschen umsetzen. Aber meine Strategie verschiebt die Verantwortung auf das Spenden und auf einen Politikwechsel vor Ort. Beides hängt zusammen, denn auch vom Spenden geht ein politisches Signal aus, dass die Bürger*innen eine Klimawende wünschen, was Veränderungsdruck auf politische Akteur*innen erzeugt. Mit dem amerikanischen Philosophen Walter Sinott-Armstrong (2005) würde ich – in etwa – behaupten: „Genieße deine Spaßfahrt im SUV und tue gleichzeitig alles, damit die Politik allen Akteuren, also auch dir, solche Spaßfahrten verbietet“. Deshalb fordere ich, sich politisch zu engagieren, wo es effizient ist, was etwa Fridays for Future uns bewundernswert vormachen. Auch will ich keine Lobbyarbeit für die Autoindustrie machen. Deshalb würde ich dem obigen Zitat von Sinott-Armstrong voranstellen: „Nur wer die Motivation zu helfen verliert, wenn er seinen gewohnten Lebenswandel völlig umstellen muss, der sollte diesen Lebensstil bewahren, wenn er entsprechend spendet. Daher gilt: ...“.

Hier können wir nun sehen, warum ich das Wort *Kompensieren* falsch finde, vielmehr sollte das Ziel im Überkompensieren bestehen. *Kompensieren* klingt immer so, dass man etwas Schädliches tut und im Anschluss „genau so viel“ gibt, um den Schaden wieder gut zu machen. Das ist ein falsches Denken und

lediglich ein Null-Summen-Spiel. Es geht nicht darum, zu kompensieren, was für ein Auto ich fahre. Es geht darum, eine Spendenquote zu erreichen, die wirksam ist und erheblich mehr Klimagase reduziert, als wir es heute tun. Wenn ich also mein persönliches Verhalten in den Mittelpunkt stelle, ist das zu kurz gedacht. Beim Versuch einer Kompensation werden vielleicht ein paar Bäume gepflanzt, die sonst nicht gepflanzt werden würden. Meine Nettobilanz soll sich dabei auf Null rechnen, aber diese Kopplung an das persönliche Emissionsverhalten ist zu kurz gesprungen. Es geht dabei primär darum, mich selbst „grün zu machen“, mich zu entschuldigen. Die Welt macht das aber nicht viel besser und darin sollte letztlich das Ziel liegen. Wir sind einem Denken verhaftet, das besagt: (a) Ich selbst und mein Verhalten sind der Nabel der Welt, bei mir muss ich anfangen, dann wird alles gut. Das ist falsch. Es geht nicht um mich, sondern um den Klimaschutz. (b) Moral muss weh tun; nur dann, wenn ich richtig leide, gehöre ich zu den Guten. Das kommt von Immanuel Kant beziehungsweise aus Debatten um seine Interpretation^V und ist Nonsense, denn es verkennet, dass Motivation zu helfen ein knappes Gut ist, das man schnell verlieren kann. Die wenigsten Menschen sind Held*innen mit unbegrenztem Budget für Altruismus.

Das lässt sich auch auf die Politik übertragen. Effizienz sollte zählen und nicht nur die richtige Bilanz im eigenen Land. Maßnahmen wie Elektromobilität können teuer sein, und für das Geld ließe sich mit Spenden eventuell mehr CO₂ sparen. Der ehemalige Präsident von Ecuador, Sandro Correa, hatte etwa angeboten, den Regenwald intakt zu lassen, wenn der Westen dafür bezahlt. Das wäre viel sinnvoller gewesen als viele teure Maßnahmen im Inland, scheiterte aber unter anderem am damaligen deutschen Bundesentwicklungshilfeminister Dirk Niebel (Radermacher 2018: 111). Der Staat hat zwar andere Pflichten als das Individuum, denn er steht auf der öffentlichen Bühne und muss Allianzen schmieden. Dazu muss er im konventionellen Sinne glaubwürdig sein, kann also nicht nur „Wasser predigen und Wein trinken“, auch wenn es traurig ist, dass unsere Psyche so simpel gestrickt ist. Zudem muss er Techniken gegen den Markt etablieren – wie dereinst die erneuerbaren Energien –, um diese effizienter zu machen und dann in Entwicklungs- und Schwellenländer abzugeben. Aber gleichwohl: Maßnahmen im Inland wollen auf Effizienz geprüft werden! Es geht um den richtigen Mix aus Klimaaußenpolitik und Energiewende im Inneren. Den versucht die derzeitige Bundesregierung zu realisieren, indem sie auch im Außenministerium Klimaschutz betreibt und Personal aus dem Bundesumweltministerium ins Auswärtige Amt abordnet. Allerdings ist Klimaschutz in der Wahrnehmung vieler Medien und im Schwerpunkt der Politik besonders durch die nationale Energiewende geprägt. Das kann problematisch sein, nicht zuletzt bei der Mittelverteilung. Wichtig wäre zum Beispiel die Frage, wie Europa das Freihandelsabkommen Mercosur mit Lateinamerika verhandelt (etwa ob und wenn ja, welche Umweltstandards eine Rolle spielen) und ob Deutschland ähnliche Projekte wie das mit Ecuador auflegen kann.

In den Regenwald investieren, obwohl dazu viele Projekte scheiterten?

Kommerzielle Netto-Null-Zertifikate sind oft Luftnummern, allerdings sind manche private Hilfsorganisationen – wie Fairventures Worldwide und Cool Earth – scharf davon zu unterscheiden. Es geht um Klimaschutz und nicht um ein Geschäftsmodell für Unternehmen, die, wie immer, wenn großes Geld auftaucht, korrumpieren. Gleichwohl flimmert derzeit in vielen Fernsehdokumentationen, das Unternehmen im Rahmen sogenannter REDD+-Projekte Netto-Null-Produkte versprechen, aber de facto durch Kompensation keine Emissionen eingespart werden. Ist Engagement für den Regenwald also nur eine Ausrede, weil man sich nicht selbst anstrengen will?

Das Umweltbundesamt (eine Instanz, die eigentlich recht skeptisch gegenüber Projekten mit

Kohlenstoffkompensation ist) stellte trotzdem fest, dass Kohlenstoffsenken für eine erfolgreiche Klimaschutzpolitik unabdingbar sind^{vi}: Wenn solche Senken nicht mehr existieren, funktioniert kein Klimaschutz!

Was läuft im Moment falsch? Die Kontrolle von Aussagen wie „Produkt X ist klimaneutral“ muss gewährleistet sein, die Klimabilanz von X ist neutral festzustellen und daran orientiert ist die nötige Kompensation für X zu berechnen. Zudem ist zu beachten, dass nicht nur kompensiert, sondern überkompensiert werden sollte. Bislang erwerben Unternehmen Zertifikate, damit sie Wälder vor dem Abholzen schützen. Wie viele Zertifikate sie erhalten, hängt davon ab, wie bedroht die Fläche ist, die sie schützen. Das wird geschätzt. Das erfolgt über den Vergleich zu anderen Flächen unter ähnlichen Umständen, die schon eine Abholzung im Maße Y erfahren haben. Dann wird aufgrund der Ähnlichkeit der Umstände von diesen Flächen auf die zertifikatrelevanten Flächen geschlossen: Die Gefahr abgeholzt zu werden wird als gleich unterstellt, denn die Umstände sollen ja ähnlich sein. Dann werden über Jahre die Abholzung und die errechnete mögliche Abholzung verglichen und, wenn die mögliche Abholzung geringer ausfällt als errechnet, dann wird dieses Unternehmen in Form von Zertifikaten gutgeschrieben. Die Bedrohung des Waldes abgeholzt zu werden, wird jedoch regelmäßig überschätzt, die Umstände sind nie identisch. Zudem wird nicht zurückhaltend, sprich konservativ geschätzt. Die Diskrepanz zwischen Wirklichkeit und Zertifikatsausschüttung entsteht so.

Daher gilt es: die Bedrohung der Referenzflächen realistisch einschätzen, das heißt im Zweifelsfall konservativ zu schätzen. Dazu fordert auch das Umweltbundesamt auf (Reise et al. 2022). Zudem wird vorbereitet, diesen ganzen Sektor schärfer zu reglementieren. Ebenso ist zu bedenken: Abholzung findet oft nicht auf der Fläche statt, die durch ein Unternehmen geschützt wird, sondern wird auf benachbarte Parallelfächen verschoben. Somit müsste die Waldentwicklung einer ganzen Nation betrachtet werden, um ein realistisches Gesamtbild zu erhalten. Eine Zwei-Parameter-Lösung bietet sich an: Die Entwicklung einer konkreten Fläche und die Waldentwicklung einer ganzen Nation sind einzubeziehen, die dann entsprechend zu gewichten sind. So ließen sich die bisherigen Probleme der kommerziellen Geschäftsmodelle vermeiden. Damit sind die möglichen Probleme beim Senkenschutz aber leider noch nicht vollständig beschrieben.

Wird das CO₂ in Wäldern langfristig genug gespeichert?

Ein weiteres Risiko besteht beispielsweise in Hinsicht auf Schädlinge, Abholzung und Brände. Alle drei erhöhen das Risiko, dass CO₂ nicht langfristig gespeichert wird. Man geht davon aus, dass mindestens 50 Jahre Speicherung notwendig sind, um das Klima zu entlasten, und alle drei Faktoren können dies verhindern.

Natürlich kann man keine Garantie geben, was in 50 Jahren der Fall ist. Andererseits wird etwa von Fairventures eine Strategie dagegen entwickelt: Man versucht den Bäuer*innen ein Einkommen zu verschaffen, damit sie ohne den Regenwald abzuholzen oder abzubrennen heute ihr Auskommen haben. Es wird dabei unterstellt, dass die Bäuer*innen eigentlich am Erhalt des Waldes interessiert sind, beispielsweise aus religiösen Gründen, sonst hätten sie ihn längst zerstört. Den Bäuer*innen wird durch Spendenmitteln ermöglicht, auf bereits abgeholzten Flächen wieder Wälder anzubauen und diese zu bewirtschaften. So wird der Druck zur Abholzung weiterer Flächen des Regenwaldes von ihnen genommen. Dabei wird darauf

geachtet, dass die Landwirt*innen sofort ein Einkommen aus dem Wald haben und nicht erst, wenn die neu gepflanzten Bäume in zehn Jahren geerntet werden. Dass die Anpflanzung von Wäldern auch eine positive Klimawirkung hat, sei dabei betont.

50 Prozent des späteren Ernteertrags wird den Bäuer*innen aus Spendenmitteln bereits zum Zeitpunkt des Pflanzens der Setzlinge ausgezahlt. Das dient dazu, den Anreiz zu schaffen, langfristigeres Baumwachstum zu gewähren. Zudem erfolgt über eine Smartphone-App ein jährliches Scannen der Bäume und ihres Wachstums. Das ermöglicht es, den Bäuer*innen ein jährliches Einkommen für die Bindung von CO₂ im Umfang des tatsächlich gebundenen CO₂ zukommen zu lassen. So wird langfristige Holzwirtschaft lohnend, weshalb der Regenwald nicht weiter abgeholzt wird. Zudem werden zusätzlich Anreize gesetzt, das gewonnene Holz nicht zu verbrennen, sondern zu verbauen, was die Langfristigkeit der Speicherung erhöht. Ich denke, so wird das Problem minimiert.

Noch eine abschließende Idee zur Einsparung von CO₂ durch Humus: Humusbildung ist ebenfalls ein Mittel, um Treibhausgase zu vermeiden. So ist ein Handel mit Humuszertifikaten entstanden. Allerdings ist in Humus gebundenes CO₂ noch flüchtiger als in Holz gebundenes. Der Verlust muss mit eingepreist werden.

Damit ist das Ende der Fahnenstange allerdings immer noch nicht erreicht. Es gibt weitere Vorwürfe:

1.

Es wird moniert, dass wieder aufgeforstete Flächen häufig Monokulturen seien, und Biodiversität verloren ginge. Aber erstens wird Biodiversität erhalten, weil durch diese Wiederaufforstungsstrategie der Regenwald erhalten wird, und der ist bekanntlich der artenreichste Lebensraum auf der Erde. Zweitens: An der Kritik ist natürlich etwas dran, jedoch ist der Schaden auch nicht notwendig. Bei Fairventures beispielsweise werden zudem mindestens zehn verschiedene Baumsorten genutzt, davon drei bis vier verschiedene auf jeder Fläche. Eine Dokumentation von Flora und Fauna sollte zudem geführt werden, so dass Maßnahmen ergriffen werden können, falls sich bezüglich der Biodiversität etwas verschlechtern sollte. Auch dieses Problem ist lösbar.

2.

Ein weiterer Vorwurf: Engagement im Regenwald verletze häufig die Menschenrechte und besonders die indigener Völker. Bei nicht allen NGOs besteht jedoch diesbezüglich eine solche Problematik. Einige NGOs „empowern“ vielmehr indigene Völker und unterstützen diese finanziell, damit die Menschen nicht gezwungen sind, Regenwald zu verkaufen. Hier ist also eine Verbindung von Menschenrechten, sozialem Wohlergehen und Geschehen im Wald geschaffen.

3.

Ein Flächennutzungskonflikt wird moniert: Werden durch Wiederaufforstung nicht Flächen gebunden,

die zur Nahrungsmittelproduktion benötigt werden? Das gilt aber nicht, wenn man *degradierte Flächen* für die Wiederaufforstung nutzt. Das sind zu steile, zu trockene, zu nährstoffarme Flächen für die Landwirtschaft. Zudem wird Wiederaufforstung und Landwirtschaft durch das Konzept des Agroforstes, bei welchem Landwirtschaft auf wiederaufgeforsteten Flächen stattfindet, verbunden. Man kann zum Beispiel Kakao, der Halbschatten braucht, unter Bäumen pflanzen.

Ist Engagement im Süden nicht Neokolonialismus?

Der Vorwurf des Neokolonialismus ist zentral und speist sich daraus, dass sich der globale Norden Kohlenstoffzertifikate aus dem globalen Süden zuschreibt, die der Süden dann jedoch nicht mehr nutzen kann, um seine eigene Klimabilanz zu verbessern^{vii}. Ist dem wirklich so?

Auch wenn es zunächst ungerecht klingt, gibt es drei Argumente zu bedenken.

1.

Die meisten Länder im globalen Süden haben kein Geld, um jetzt Senkenschutz zu betreiben, der aber jetzt nötig ist, da Regenwälder vor Kipppunkten stehen – entweder jetzt kommt Hilfe, oder die Wälder gehen zu Grunde (Boulton et al. 2022; Seymour/Busch 2016: 405f.). Entweder springen wir jetzt mit unserem Geld bei, oder Senken existieren nicht mehr. Das heißt, auch in Zukunft können CO₂-Einsparungen dort nicht mehr erfolgen und den Entwicklungsländern auch nicht gutgeschrieben werden.

2.

Länder im globalen Süden haben deutlich weniger Emissionen als wir im globalen Norden und somit einen nicht so hohen Bedarf an Zertifikaten wie wir, haben aber eine höhere Betroffenheit bei der Klimakrise.

3.

Neokolonialismus liegt nicht vor, wenn wir effiziente Hilfe betreiben. Er liegt dann vor, wenn wir die Entwicklungsländer nicht als Partner auf Augenhöhe, sondern als Pflegefälle behandeln. Wenn wir Maßnahmen mit ihnen abstimmen und gemeinsam handeln, werden sie keineswegs erzürnt sein, wenn sie aufgrund unserer Mitarbeit in Zukunft die Möglichkeit haben, weitere CO₂ Einsparungen aus Senken für sich zu verbuchen.

Wie viel soll ich spenden?

Was verlangt die Moral von uns? Müssen wir zum Beispiel unsere ganze Zeit aufwenden und unser ganzes Geld einsetzen, um zu versuchen, das Glück in der Welt zu maximieren? Wann dürfen wir an uns und unsere Familien denken? Oder müssen wir uns völlig unparteilich auch gegenüber Freundeskreis und Familie verhalten? Das kann zu sehr hohen Forderungen führen. Soll ich ein mir unbekanntes Kind in Somalia nach denselben Maßstäben wie meine Tochter behandeln? Kann ich dann noch rechtfertigen, dieser zu Weihnachten ein Puppenhaus mit separatem Pferdestall zu schenken, wenn ich für dasselbe Geld der jungen Somali eine lebensrettende Operation finanzieren kann? Das klingt nach Überforderung durch die Moral.

Andererseits: Oft könnte man schon viel spenden, aber man will es einfach nicht und beruft sich darauf, dass man „nicht kann“. Was im Kleingedruckten steht, ist der Zusatz: Man kann nur nicht, wenn man seinen bisherigen Lebensstil ganz aufrechterhalten will. Natürlich gibt es psychische Grenzen unserer Belastbarkeit, nur, dass die individuell unterschiedlich sind und kaum jemand weiß, wo diese überhaupt liegen. Das verleitet zu einem Missbrauch von sogenannten Überforderungseinwänden. Provokativ muss man jene, die auf Überforderung pochen, jedenfalls auch fragen: *Überfordert es nicht auch die Somali zu verhungern?*

Ich gehe das Problem pragmatisch an: Westliche Durchschnittsverdienende gehören zu den reichsten Menschen der Weltbevölkerung (MacAskill 2015). Wenn wir auf dieser Insel des Reichtums leben und vor den Küsten Menschen ertrinken, so können wir nur dann zu den guten Menschen zählen, wenn wir uns mindestens im unteren Prozentbereich unserer zeitlichen und finanziellen Möglichkeiten engagieren. In jedem anderen Fall müssen wir uns eingestehen, dass uns die Not der anderen schlicht egal oder nicht wichtig genug ist und wir nicht zu den guten Menschen gehören können. Wenn jede*r Durchschnittsverdiener*in (Bürgergeld-Beziehende in die Pflicht zu nehmen, ist sozial unfair und bringt auch finanziell nicht viel) sich dagegen bemühen würde, beispielsweise vier Prozent des eigenen Einkommens und ein Prozent der eigenen Zeit (für politisches Engagement) beizusteuern, dann könnten viele globale Probleme gelöst werden. Woher kommt diese Zahl? Erstens, die dabei anfallenden Geldsummen würden sich mindestens auf einen dreistelligen Milliardenbetrag (in Euro oder US-Dollar) belaufen, also wären wirklich effektiv. Zweitens, dies kann auch schwerlich als Überforderung angesehen werden, denn selbst, wenn man sich nicht in diesem Maße engagieren möchte, kann sich ein*e normaler Lohnempfänger*in fast immer in diesem Umfang engagieren, ohne in existenzielle Probleme zu geraten. Drittens, um mich als eine*n von „den Guten“ zu identifizieren, darf mir die Not nicht egal sein und das impliziert, mich wenigstens im unteren Bereich meiner Möglichkeiten zu engagieren. Wo dieser genau liegt, ist natürlich willkürlich, aber den unteren Bereich mit einstelligen Raten des Einkommens gleichzusetzen, schränkt diese Willkür ein.

Nicht nur Geld, sondern auch Zeit ist wichtig. Information, wo ich mich engagiere, Zeit für politisches Engagement etc. ist wichtig.

Nachfrage ist wirkungslos und das „Grüne Paradoxon“

Zudem glaube ich, dass das private Nachfrageverhalten oft wirkungslos ist, wie Abbildung 1 bestätigt. Abbildung 1 zeigt, dass der Ölpreis und die Ölförderung völlig voneinander entkoppelt sind.

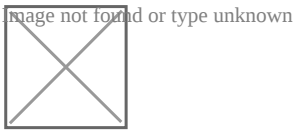


Abb. 1: Ölpreis und -produktionsmenge – eine 30-Jahres-Perspektive. Quelle: Wirtschaftsdienst.

Meine kleine Spriteinsparung kann in diesem Markt die Fördermenge nicht senken, Preissignale werden ignoriert. Meine kleine richtig platzierte Spende nutzt aber Menschen und hoffentlich auch dem Klima. Bei Letzterem müssen zwar auch einige Leute mitziehen, aber ich bin nicht zwangsläufig auf Marktmechanismen angewiesen und mein kleiner Beitrag bewirkt jedenfalls etwas Gutes.

Ein weiterer Vorteil der Strategien rund um den Wald ist, dass sie nicht versuchen, die Nachfrage nach fossilen Energieträgern zu senken, was (wie gesehen) gut, aber schwierig ist. So unterliegen sie auch nicht einer Antwort darauf, die ins „Grüne Paradoxon“ mündet, das einsetzt, wenn es uns wirklich gelingen sollte, mit unserer geänderten Nachfrage Einfluss zu nehmen. Denn das geht so: Wir sparen fossile Energien, der Weltmarktpreis sinkt als Folge davon und andere Länder kaufen sie billiger, weil sie am dringlichsten Wachstum brauchen. Gespart wird de facto nichts durch die verringerte Nachfrage, sondern wir subventionieren die Preise für die Schwellenländer. Das mag man zwar positiv als Entwicklungspolitik mit anderen Mitteln betrachten, aber was den Klimaschutz angeht, ist es problematisch. Einerseits ist es also schwierig, mit Nachfrage überhaupt etwas zu bewirken, andererseits ist es insgesamt sehr schwierig, das Richtige zu bewirken: eine Drosselung der Produktion.

Fazit

Für alle, die bei diesem Denkmanöver immer noch Magenschmerzen haben: Da unser Wissen über die Zukunft nicht vollständig sein kann und wir normalerweise Wesen sind, die nicht alles an Effizienz festmachen, sollten wir erwägen, mehrere Strategien gleichzeitig zu verfolgen. Man kann die Spendenziele „diversifizieren“, also ein Portfolio bilden und muss sich jedenfalls genauer über sie informieren: Solaröfen in Indien fördern Gesundheit und Klimaschutz solide, während ein Regenwald auch versehentlich abbrennen kann, besonders, wenn man seine Besitzer*innen nicht auf seine Seite bringt. Also gehören die riskante und die solide Strategie ins Portfolio, wobei wir um Risiken nicht herumkommen, wenn uns das Wasser bis zum Hals steht. Wichtig ist: In einem Portfolio der Strategien sollte „Spende und Ersetze“ jedenfalls seinen Platz haben, aber man kann auch die Standardstrategie ins Portfolio übernehmen, wenn sie nicht zu viel kostet. Und wie hoch welche Kosten in Form eines Verlusts von Wohlergehen für ein Individuum ausfallen, bestimmt seine eigene Wahrnehmung und seine jeweilige Motivation zum Handeln. Wem es nichts ausmacht, kein Fleisch zu essen, für den ist diese Maßnahme auch kein Motivationshindernis. Meine Argumentation greift nur bei einer Interessenlage von „Ottonormalverbraucher“, der ein begrenztes Budget zum Helfen hat. Oft können solche Menschen jedoch sogar ohne Kosten kooperieren: Zum Beispiel kostet es de facto nichts (per Briefwahl) zu wählen oder Ecosia statt Google auf dem Rechner zu installieren. Also sollte man das machen? So wird das „Entweder Oder“ doch noch zu einem bedingten „Sowohl Als Auch“.

Konsequenzen für die Politik

Der Staat hat andere Pflichten als das Individuum, denn er steht auf der internationalen Bühne und muss dort Allianzen schmieden, was ihn zwingt, auch selbst klimaneutral zu werden. Er muss im konventionellen Sinne glaubwürdig sein, kann also nicht nur „Wasser predigen und Wein trinken“. Nur so findet er internationale Unterstützung für einen Energiewende- und letztlich einen globalen Klimavertrag, der allein die Herausforderungen des Klimawandels bewältigen kann. Zugleich muss der Staat glaubhaft machen, dass Klimaschutz und ökonomischer Wohlstand Hand in Hand gehen können, um die Armen dieser Welt nicht zu entmutigen. Er muss im Rahmen der Energiewende Techniken „gegen den Markt“ etablieren, wie er es bei den erneuerbaren Energien gemacht hat, um diese effizienter und für die Entwicklungs- und Schwellenländer verfügbar zu machen. So muss zum Beispiel eine saubere Stahlproduktion entwickelt und die Technik an die Länder des globalen Südens abgegeben werden – was durchaus kein „Win-Win-Geschäft“ ist, denn „Abgeben“ heißt hier gerade nicht „Verkaufen“. Damit könnten wir – in diesem Fall sogar mithilfe der nationalen Klimawende – die Emissionen der großen globalen Emittenten über die Zwei-Prozent-Grenze hinaus wirksam senken, da diese sich nicht mehr mithilfe schmutziger Kohle entwickeln müssen.

Aber der Staat setzt letztlich zu viele Ressourcen auf diese Energiewende im Inland, während internationales Engagement zu kurz kommt. Eine Alternative wäre, die gesamten Mittel für den Klimaschutz deutlich zu erhöhen, um die nationale Energiewende und das internationale Engagement vollumfänglich zu bewerkstelligen. Derzeit aber kümmern sich politische Amtsinhaber*innen zu sehr um Symbole, statt um tatsächlichen Klimaschutz.

Kurzum: Maßnahmen im Inland sollten immer auf ihre Effizienz und ihre internationalen CO₂-Vermeidungspotenziale geprüft werden. Es geht um den richtigen Mix aus Klimaaußenpolitik und Energiewende im Inneren.

Prof Dr. Bernward Gesang ist ordentlicher Professor für Philosophie und Wirtschaftsethik an der Universität Mannheim. Er studierte in Bonn und Münster und wurde 1994 in Münster promoviert. Im Jahr 2000 folgte die Habilitation in Düsseldorf. Seine Forschungsschwerpunkte sind normative Ethik, insbesondere die Utilitarismusforschung, angewandte Ethik mit Schwerpunkt Wirtschaftsethik und Klimaethik sowie Philosophiegeschichte. Ein aktueller Schwerpunkt von ihm in Forschung und Lehre ist die Frage, wie man unsere Gesellschaft in eine nachhaltige transformieren kann und wie sich eine solche Transformation ethisch rechtfertigen lässt. Außerdem wurde er in den wissenschaftlichen Beirat der NGO Fairventures International (Stuttgart) aufgenommen.

Literatur

Boulton, C. A. et al. 2022: Pronounced loss of Amazon rainforest resilience since the early 2000s, in: *Nature Climate Change*, Jg. 12, S. 271–278.

Busch J./Engelmann, J. 2017: Cost-Effectiveness of Reducing Emissions from Tropical Deforestation, 2016–2050, *Environmental Research Letters* 13.

Bronson W. et al. 2020: National Mitigation Potential from Natural Climate Solutions in the Tropics, in: *Philosophical Transactions of the Royal Society. B: Biological Sciences*, Jg. 375, H. 1794.

Gesang, B. 2020: Mit kühlem Kopf. Vom Nutzen der Philosophie für die Klimadebatte, München.

MacAskill, W. 2015: *Doing Good Better: Effective Altruism and a radical new way to make a difference*, London.

Merlot, J. 2019: Was Fleischverzicht für den Klimaschutz bringt, in: *Spiegel-Online* vom 08.08.2019, www.spiegel.de/a-1280923.html.

Neff, B. 2019: „Dann geht in Gottes Namen unter“: Der Ökonom Niko Paech hat radikale Ansichten darüber, wie die Welt zu retten ist – aber er will niemanden zu seinem Glück zwingen, in: *Neue Zürcher Zeitung* vom 04.11.2019, <https://www.nzz.ch/international/nico-paech-dann-geht-in-gottes-namen-unter-ld.1518768>.

Radermacher, F.-J. 2018: Der Milliardenjoker, Hamburg.

Ramstorf, S./Schellnhuber, H. J. 2018: Der Klimawandel, München.

Reise J. et al. 2022: Nature-based solutions and global climate protection. Assessment of their global mitigation potential and recommendations for international climate policy, Umweltbundesamt, Berlin; https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/1410/publikationen/2022-01-03_climate-change_01-2022_potential_nbs_policy_paper_final.pdf.

Seymour, F./Busch, J. 2016: Why Forests? Why Now? The Science, Economics, and Politics of Tropical Forests and Climate Change, Washington D. C.

Schiller, F. 1962: Sämtliche Werke, Bd. 1, München.

Sinnott-Armstrong, W. 2005: It's Not My Fault: Global Warming and Individual Moral Obligations, in: *Perspectives on Climate Change: Science, Economics, Politics, Ethics Advances in the Economics of Environmental Research*, Jg. 5, S. 285–307. [https://doi.org/10.1016/S1569-3740\(05\)05013-3](https://doi.org/10.1016/S1569-3740(05)05013-3).

Anmerkungen:

i Genauer ausgeführt in Gesang 2020.

ii Vgl. beispielsweise die Berechnungen bei Atmosfair, www.atmosfair.de/de/kompensieren/wunschmenge. Der Vergleich dient allein der Illustration, wie viel Emissionsvermeidung mehr man mit Spenden als Verhaltensumstellungen bewirken kann.

[iii](#) Ein anderer Weg ist es, (ungewollte) Geburten zu verhindern und so Armut zu bekämpfen und Emissionen von Kind und Kindeskind zu vermeiden, so Lebenschancen International e. V.

[iv](#) Vgl. hierzu auch den Beitrag von Niko Paech in diesem Heft.

[v](#) Dahinter verbirgt sich die Frage, ob Handeln aus Pflicht immer Handeln gegen Neigung ist. Derartiges vermutet zum Beispiel Friedrich Schiller (1962: 299.)

[vi https://www.umweltbundesamt.de/themen/klima-energie/klimaschutz-energiepolitik-in-deutschland/technische-kohlenstoffsinken.](https://www.umweltbundesamt.de/themen/klima-energie/klimaschutz-energiepolitik-in-deutschland/technische-kohlenstoffsinken)

[vii](#) Vgl. zur Debatte um Neokolonialismus auch den Beitrag von Werner Bergmann in diesem Heft.

<https://www.humanistische-union.de/publikationen/vorgaenge/vorg-245/publikation/klimaschutz-was-kann-ich-als-einzelperson-tun-spenden-fuer-den-regenwald-als-problem/>

Abgerufen am: 29.09.2026